## (Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Gesinnungswandel sage ich Ihnen auch: Vor zwei Monaten hat Kollege Söder gesagt, wir müssten Grenzkontrollen einführen. Damals hat es Herr Seehofer abgelehnt. Vor rund drei Wochen hat Herr Seehofer gesagt: Wir machen Grenzkontrollen. Also auch Herr Seehofer hat seine Meinung zum Thema Grenzkontrollen geändert. Kommen Sie jetzt nicht mit Frau Schmidt in Neustadt an der Aisch. Das ist Kleinkram.

(Hans Herold (CSU): Sie ist immerhin die stellvertretende Bundesvorsitzende der FREIEN WÄHLER!)

- Das wären Sie auch gerne.

(Lachen bei der CSU)

Abschließend noch so viel: Wenn Sie mit dem Thema Willkommenskultur oder mit Ähnlichem kommen wollen, dann sage ich Ihnen: Auch die CSU spielt hier mit zwei Flügeln. Eine Frau Stamm sagt in der Weihnachtszeit – ich meine die letzte Weihnachtsrede; Sie können sich die Protokollauszüge besorgen –: Wir stehen für die Willkommenskultur; alle Menschen sind uns herzlich willkommen. – Was sagt man denn sonst in der Weihnachtszeit? Aber wenn Weihnachten vorbei ist, kommen wieder die Hardliner aus der Kiste und hauen drauf.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄH-LERN)

Tun Sie doch nicht so, als müssten Sie den FREIEN WÄHLERN zeigen, wie man gerade Wege fährt! Keiner fährt so zickzack wie die CSU. Das wissen Sie selber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Sie sind an der Regierung; Sie könnten es ändern. Der einzige Lichtblick heute besteht darin, dass wir mehr Asylrichter bekommen. Damit ist wenigstens etwas passiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Wortmeldung: Kollege Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Bilder, die uns in diesen Tagen und Wochen erreichen, berühren uns zutiefst, unabhängig davon, wo wir politisch stehen. Das Bild von Aylan! Der dreijährige Junge war mit seiner Familie aus dem syrischen Kobane geflohen, und auf der Flucht mit seinen Eltern ertrank er im Mittelmeer.

Seine Leiche wurde nahe Bodrum in der Türkei an den Strand gespült. Eine Tragödie!

Ich erinnere an die Bilder der Flüchtlinge, die im Transporter qualvoll erstickt sind, die Bilder von Menschen, die sich in Booten auf den Weg über das Mittelmeer machten, und die Bilder von verzweifelten Familien auf den Bahnsteigen mit völlig erschöpften und hungrigen Kindern, Großeltern, Frauen und Männer in überfüllten Zügen, Menschen am Rande ihrer Existenz, am Ende ihrer Kräfte, Menschen die mit Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken an der ungarischen Grenze taktiert werden.

Eine Plenarrede in diesen Zeiten kann nicht ohne die Einleitung beginnen, dass wir die Verzweiflung der Schutzsuchenden wahrnehmen, die Not derer, die unter widrigsten Umständen ihre Heimat verlassen und existenzielle Gefahren für ihre Familien in Kauf nehmen, die Menschen aus den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Osten, aus Afghanistan, aus afrikanischen Kriegsgebieten südlich der Sahara auf der Flucht vor Vertreibung, Krieg und politischer Verfolgung.

Angesichts dieser Schreckensbilder sind wir ausgesprochen dankbar dafür, dass in Bayern so viele Menschen Hilfe anbieten, dass es viele gibt, die nicht gleichgültig wegschauen, sondern mit anpacken.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin stolz auf dieses Bayern und auf diese ungeheuere Welle der Hilfsbereitschaft, die es in unserem Lande gibt.

(Beifall bei der SPD)

Es geht uns zu Herzen, wenn am Münchner Hauptbahnhof Flüchtlinge mit offenen Armen, solidarischem Applaus und mit konkreter erster Hilfe empfangen werden. Refugees welcome! Am Münchner Hauptbahnhof steht die Bürgerschaft für die ankommenden Flüchtlinge Spalier und spendet stehenden Fußes Applaus. Die Münchnerinnen und Münchner reichen Wasserflaschen und Obst, packen an beim Kistenschleppen und machen sich zu Kofferträgern der Schutzsuchenden. Diese Geste taucht den bayerischen Sommer in ein wärmendes Licht. Die Weltstadt öffnet ihr Herz. Das Münchner Symbol der Hilfsbereitschaft steht für all jene im Freistaat, die Solidarität mit den Schwächsten leben, von Passau bis Neu-Ulm, von Bamberg bis Lindau.

Herr Ministerpräsident, dass die CSU diese Bilder als völlig kontraproduktiv, ja als schädlich für unser Land geißelt – die Kanzlerin hat dazu das Notwendige gesagt –, kann ich nicht nachvollziehen. Wir sagen:

Diese Bilder zeigen unser Bayern von seiner menschlichsten und seiner freundlichsten Seite. Sie sind ein großartiger Ausweis für die Empathie in unserem Lande.

## (Beifall bei der SPD)

Die Bilder zeigen die freundlichen Deutschen, die nicht klagen und jammern, sondern hilfsbereit anpacken, das Deutschland, das sich aufgrund seiner Geschichte in besonderer Weise bewusst ist, welches Geschenk es ist, Hilfe in der Not und offene Türen vorzufinden. Ohne die Hilfe, die uns selbst zuteil geworden ist, wären wir heute nicht in der Lage, mit unseren Kräften anderen zu helfen.

Den hauptamtlich Beschäftigten in den Kommunen, in den Schulen, bei der Polizei, den Feuerwehren, den Hilfsorganisationen, den Kirchen und nicht zuletzt auch in den Bezirksregierungen bin ich ausgesprochen dankbar für die großartigen Leistungen der letzten Monate. Meine Damen und Herren, der innere Zusammenhalt, die innere Stärke eines Landes bewähren sich in besonderen Situationen, und was die Seele eines Landes ausmacht, zeigt sich in einer solchen Bewährungsprobe.

Ich würde mich freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der bayerische Ministerpräsident auch unmittelbar vor Ort ein Zeichen der Dankbarkeit und der Anerkennung setzen würde. Herr Seehofer ist bis heute der einzige Ministerpräsident in Deutschland, der kein einziges Mal in seiner siebenjährigen Amtszeit eine Flüchtlingsunterkunft in seinem Bundesland besucht hat.

(Barbara Stamm (CSU): Woher wissen Sie das?)

- Weil er es in einem Interview mit dem ZDF so in den Raum gestellt hat. – Deshalb sage ich, Herr Ministerpräsident, dieser Besuch ist überfällig. Sie können ihn allerdings nachholen und damit drei Botschaften vor Ort vermitteln.

Botschaft eins: Schutzbedürftigen reichen wir in unserem Land die helfende Hand.

Botschaft zwei: Dank und Anerkennung für unsere großartigen Helfer in Bayern.

Botschaft drei: Wir schützen die Minderheiten in unserem Lande vor rechtsextremer Gewalt. Es gibt in Bayern auch Menschen, die mit Hass und Gewalt gegen Minderheiten und Flüchtlinge agieren. Es gab Brandanschläge auf bayerische Unterkünfte, und es gibt Menschen, die ihre Freude über den immer offener zutage tretenden Rassismus nicht verbergen wollen. Diesen Brandstiftern in Wort und Tat sagen wir un-

missverständlich: Wir dulden in Bayern keinen Rassismus, keine Toleranz für Fremdenfeinde, Neonazis und rechte Gewalt.

## (Beifall bei der SPD)

Wir stehen vor der Herausforderung, in diesem Jahr etwa 800.000 bis 1 Million Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Das gehört zur Wahrheit. Es gibt Grenzen der Aufnahmefähigkeit, und wir werden in Deutschland nicht jedes Jahr eine solche Anzahl von Asylbewerbern aufnehmen können. Das würde uns überfordern.

Wir sind uns einig: Nur eine europäische Lösung kann eine gute Lösung sein. Es kann nicht sein, dass Bayern mehr Flüchtlinge aufnimmt als Frankreich, als Spanien oder als Großbritannien. Die Flüchtlingskrise in Europa kann nur gelöst werden, wenn alle EU-Staaten besser und enger zusammenarbeiten als bisher.

Ich finde, es sollte der Konsens aller anständigen Demokraten in Europa sein, dass Humanität eben kein Preisschildchen hat und als Grundwert unserer Wertegemeinschaft unveräußerlich ist.

## (Beifall bei der SPD)

Ich frage mich: Warum kann man in Europa Milliardenbeträge zur Bankenrettung in kürzester Zeit bereitstellen – Herr Aiwanger hat das bereits ausgeführt -, sieht sich aber über einen viel zu langen Zeitraum nicht in der Lage, die notwendigen Mittel zur Bekämpfung der Fluchtursachen und zur Versorgung der Flüchtlinge in Jordanien, im Libanon und in der Türkei bereitzustellen? Sind uns die Menschen wirklich weniger wichtig als das Kapital?

Die Bundesregierung steht vor der zentralen und alles entscheidenden Aufgabe, dass es auf europäischer Ebene viel stärker als bisher zu einer gerechten Verteilung der Asylsuchenden kommt, einer Verteilung, die fair und nachvollziehbar ist und die kein Land aus der Verantwortung entlässt und kein Land überfordert.

Wir sind uns einig, dass die Bundeskanzlerin in der besonderen Verantwortung steht, mit unseren Partnern in Europa eine tragfähige Lösung auszuhandeln. Wir sollten sie dabei unterstützen und nicht behindern. Wir sollten ihre Bemühungen nicht torpedieren.

Ich halte es für falsch, die Position Deutschlands im Bemühen um europäische Solidarität durch Attacken auf die Bundeskanzlerin zu schwächen. Das ist das, worauf es jetzt ankommt. Ich halte es für falsch, einem antieuropäischen Halbdemokraten den roten Teppich auszurollen, unmittelbar vor dem wichtigsten

EU-Gipfel zur Flüchtlingsfrage in diesem Jahr. Das schwächt die Position Deutschlands.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wer den Eindruck erweckt, hermetisch abgeriegelte Grenzen und neue Mauern wären eine Lösung für das europäische Flüchtlingsproblem, täuscht die Menschen. Abschottung konzentriert und vergrößert die Probleme, anstatt sie zu lösen. Neue Schlagbäume machen Europa nicht sicherer, nicht friedlicher und nicht berechenbarer. Wir brauchen jetzt politische Investitionen in das Verbindende in Europa, nicht in das Trennende, in europäische Solidarität und nicht in Grenzanlagen. Wir brauchen europäische Flüchtlingsquoten; das ist das, worauf es jetzt ankommt.

Ich finde es falsch, sollte die CSU in dieser Situation mit Alleingängen nach parteipolitischem Geländegewinn streben und ein durchsichtiges Schwarzer-Peter-Spiel zulasten Dritter spielen. So war das Spiel der CSU unmittelbar vor der letzten Europawahl antieuropäisch. So war es auch vor elf Jahren, als diese Partei als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien gegen den Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union gestimmt hat und das Ratifizierungsverfahren als einziges Bundesland abgelehnt hat.

(Zuruf von der CSU)

Das war ein Fehler. Die CSU will offensichtlich ihre rechte Flanke gegen die AfD stärken und ihr Image mit einer rechtspopulistischen Symbolik der Marke Orbán aufladen.

Jetzt ist aber nicht die Zeit politischer Alleingänge, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist die Zeit der Staatsräson in dieser schwierigen Phase. Es ist die Zeit der parteiübergreifend guten Zusammenarbeit in der Bundesregierung, in der Großen Koalition und in den Parlamenten. Wir sind dazu bereit und erwarten diese Kooperationsfähigkeit auch von unseren Partnern in der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Auch in seiner Rede heute konnte Herr Kreuzer immer weniger den Eindruck vermeiden, worum es ihm eigentlich geht, nämlich darum, die eigenen Versäumnisse in Bayern ein Stück weit zu verschleiern. Ich darf Sie an zwei oder drei Punkte erinnern. Erster Punkt. Die Asylverfahren dauern gegenwärtig auch deshalb so lange, weil das Bundesinnenministerium unter Hans-Peter Friedrich bis Dezember 2013 – das liegt noch gar nicht lange zurück – neues Personal für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verweigert hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Es gab unter dem CSU-Innenminister keine einzige neue Stelle. Keine einzige! Deshalb lautet die Wahrheit, die man an dieser Stelle aussprechen darf: Die CSU ist bei der Frage schnellerer Asylverfahren nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Hätte Herr Friedrich nicht gezögert und gezaudert, wäre der Antragstau im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht so groß.

Zweiter Punkt. Die Opposition im Bayerischen Landtag hat bereits 2011 mehr Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern gefordert; denn bereits damals waren die Einrichtungen überfüllt. Hätten Sie früher auf das Hohe Haus gehört, wären wir heute ein Stück weiter und besser vorbereitet.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Punkt. Die Asylverfahren an den Baverischen Verwaltungsgerichten dauern heute nicht kürzer, sondern länger als in den Vorjahren, und zwar mit stetig steigender Tendenz. Der Grund dafür ist Personalmangel. Wir haben zu wenige Verwaltungsrichter. Die Zahl der Hauptsache- und Eilverfahren an den Verwaltungsgerichten hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Die durchschnittliche Verfahrensdauer lag im ersten Halbjahr 2015 in Hauptsacheverfahren bei sieben Monaten, bei Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bei 0,7 Monaten. Herr Kreuzer erkundigt sich in der Schweiz nach sogenannten 48-Stunden-Verfahren, weil alles schneller gehen müsse, und verschließt die Augen davor, dass es in Bayern teilweise drei, vier oder fünf Tage dauert, bis die ersten Fingerabdrücke genommen werden, die medizinische Untersuchung vorgenommen wird und die Flüchtlinge registriert werden. Dann vergehen Wochen, bis der Bescheid kommt, dass die erste Anhörung des Flüchtlings im Mai 2016 stattfindet. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in Bayern doch diese Hausaufgaben bewältigen! Dort, wo wir Verfahren beschleunigen können, sollten wir das tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREI-EN WÄHLER)

Was wir aber nicht brauchen können, sind Schaufensterverfahren wie ein Ausflug in die Schweiz mit ihren 48-Stunden-Verfahren, wenn wir von dieser Realität schon aufgrund der Personalknappheit bei uns im Freistaat meilenweit entfernt sind.

(Zuruf von der CSU)

Tatsächlich geht es darum, die bayerischen Kommunen zu entlasten. Deshalb hat die SPD bereits vor einigen Wochen die Gesundheitskarte beantragt, die auch die GRÜNEN heute in einem Antrag zur Sprache bringen. Mit einem effizienten Zugang zur Gesundheitsversorgung sparen wir administrative Kosten. Herr Ministerpräsident, deshalb fordern wir Sie auf, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden mit den Krankenkassen einen Rahmenvertrag für eine Gesundheitskarte auszuhandeln. Solche Regelungen existieren bereits in Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Wie läuft das in Bayern ab? - In Bayern müssen sich Flüchtlinge während ihrer ersten Aufenthaltsmonate zunächst einen Behandlungsschein bei der Kommune holen, wenn sie krank sind und zum Arzt müssen. Der Arzt stellt anschließend der Kommune die Leistung in Rechnung. Ich finde, wer akut krank ist, sollte zum Arzt gehen können. Der Arzt entscheidet dann, ob und wie behandelt wird. Es geht um eine medizinische Grundversorgung, die effizient zu organisieren und unbürokratisch ist. Man kann damit auch Geld einsparen, wie mittlerweile verschiedene Studien gezeigt haben. Deshalb wäre es gut, wenn wir hier und heute im Parlament neben der Aufstockung bei den Verwaltungsgerichten die Gesundheitskarte beschließen würden. Machen wir Schluss mit der überbordenden Bürokratie!

(Beifall bei der SPD)

In der letzten Woche hat sich gezeigt, dass eine parteiübergreifende Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg möglich ist. Das Asylpaket, das die Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder, im Übrigen auch mit Unterstützung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, ausgehandelt hat, kann sich durchaus sehen lassen. Um Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen, werden die Mittel aufgestockt. Um Länder und Kommunen zu entlasten, zahlt der Bund ab 2016 eine Pauschale von monatlich 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des Verfahrens. Für die Versorgung der unbegleiteten Minderjährigen gibt der Bund zusätzlich 350 Millionen Euro. Wir haben jetzt bei den sicheren Herkunftsstaaten die GRÜNEN mit an Bord. Ministerpräsidenten und Bundesregierung hatten im Übrigen bereits am 18. Juni einen Beschluss gefasst. Sie hatten dann die Juli-Konferenz hier im Bayerischen Landtag zum Anlass genommen, das Thema parteipolitisch aufzuladen. Die Mittel für Sprach- und Integrationskurse werden aufgestockt, die Eingliederungsleistungen der Jobcenter gestärkt. Es gibt im Hinblick auf die Flüchtlingsunterkünfte Erleichterungen im Bauplanungsrecht. All das sind wichtige Maßnahmen. Anders als von der CSU bisweilen dargestellt, ist diese Bundesregierung durchaus handlungsfähig, allen Querschlägen und Obstruktionen eines einzelnen Koalitionspartners zum Trotz.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo! – Lachen bei der CSU)

Bei einem wichtigen Punkt bleibt der Bund iedoch deutlich hinter unseren Erwartungen zurück. Das Thema Wohnungsbau gehört ganz unabhängig von der Flüchtlingsthematik nach ganz oben auf der Agenda. Wir brauchen in den kommenden fünf Jahren 100.000 zusätzliche Wohnungen in den bayerischen Ballungsräumen und Boomregionen. Im vergangenen Jahr, das die Staatsregierung zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen hatte, kam es zum Bau von zusätzlichen Wohnungen. Zugleich schrumpft die Zahl der Sozialwohnungen bis 2020 bayernweit von 176,000 auf 112,000. Das entspricht einem Rückgang um 35 %. Deshalb werden wir auch in den nächsten Sitzungen hier im Bayerischen Landtag und bei den Haushaltsverhandlungen eine Erhöhung der Landesmittel zur Wohnraumförderung auf 600 Millionen Euro pro Jahr fordern. Die Staatsregierung muss endlich wieder mehr Geld für die Förderung bezahlbaren Wohnraums zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße es, dass der Ministerpräsident für den 15. Oktober eine Regierungserklärung zum Thema Integration angekündigt hat. Er kommt damit unserer Forderung von vor der Sommerpause nach. Es ist gut, dass die Fraktionen die Gelegenheit erhalten, hier ihre ganz konkreten Vorschläge – davon gab es ja zahlreiche – gebündelt zur Aussprache zu bringen. Es wird darum gehen, wie wir unsere Schulen mit mehr Lehrerinnen und Lehrern und mit mehr Schulsozialarbeitern besser ausstatten, wie wir unsere Kitas ausbauen und für mehr Kita-Plätze sorgen. Wir wollen die Qualität unserer Krippen und Kitas mit den freigewordenen Mitteln des Betreuungsgeldes verbessern. Es wird um Integration auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt gehen.

Wir befinden uns inmitten eines historischen Umbruchs. Unser Land wird in den nächsten Jahren einen tiefgreifenden Veränderungsprozess erleben, der geschichtlich kaum vergleichbar ist: nicht mit der Gastarbeiter-Bewegung vor einem halben Jahrhundert und auch nicht mit der Deutschen Einheit vor einem Vierteljahrhundert mit ihren Veränderungen auch für die politische Kultur in unserem Land. Auch Parallelen zu den Fluchtbewegungen zu Beginn der 1990er-Jahre sind durchaus schwierig; denn die Veränderungen sind diesmal differenzierter, ja, umfassender und umwälzender als in den vergangenen Jahrzehnten. Die Veränderungen bringen mit Blick auf den demografischen Wandel, mit Fokus auf den schon heute existierenden Fachkräftemangel und im Hinblick auf die Stärkung sozialer Sicherungssysteme

große Chancen mit sich. Deutschland verspricht als Einwanderungsland offener, bunter und vielfältiger zu werden.

Aber es gibt natürlich auch Ängste, dass sich die soziale Statik in unserer Gesellschaft verändert, dass der Wettbewerb der Schwächsten um gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Genugtuung auf dem Arbeitsmarkt und dem Wohnungsmarkt zunimmt und dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufgeht, und zwar nach unten. Es stehen bereits erste Forderungen im Raum, dass für Flüchtlinge nicht der Mindestlohn gelten solle. Es gibt Ängste, dass kulturelle Gepflogenheiten der Zuwanderer bislang hart erkämpfte Errungenschaften, beispielsweise des Feminismus in unserer Gesellschaft, zurückdrängen werden. Es ist unsere Aufgabe hier im Hohen Haus, mit Zuversicht und Mut den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren und dafür Sorge zu tragen, dass in unserer Gesellschaft keiner verloren geht und jeder zu seinem Recht kommt, egal ob er oder sie Maximilian oder Abdul, Sandra oder Nüket heißt.

Ich bin sicher: Wir werden diesen politischen Prozess besser miteinander und im guten Dialog bestehen als im rechtspopulistisch motivierten Parteienstreit. Wir werden den inneren Frieden dann bewahren können, wenn wir zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen und zur Zusammenarbeit fähig sind, zur Zusammenarbeit für ein solidarisches und weltoffenes, für ein tolerantes und soziales, ja, für ein starkes Bayern. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Steiner.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege Rinderspacher, wir müssen weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen verhindern. Zuwanderung von Menschen aus Afrika löst die Probleme der Überalterung nicht. Deutschland hat sich die letzten 15 Jahre übernommen. Wir sind nicht in der Lage gewesen, all diese Menschen wirklich zu integrieren. Diejenigen, die sich nicht an die deutsche Gesellschaft anpassen und sich nicht integrieren wollen oder können, hätte man besser draußen gelassen. Ist das rechtspopulistisches Gerede? – Nein, das sind jüngste Aussagen Ihres Altbundeskanzlers Helmut Schmidt. Das zeigt deutlich, auf welchem Irrweg Sie sich befinden. Was Sie hier erzählen, sind Worthülsen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie kritisieren, dass wir mit Herrn Orbán reden, dessen Land überrollt wird. Sie reden mit Ihren tschechischen Parteifreunden. In der "Frankenpost" vom 5. Oktober 2015 heißt es:

Die SPD-Landtagsfraktion hat die tschechische Regierung ermuntert, mehr Flüchtlinge im Land aufzunehmen. Fraktionschef Markus Rinderspacher sprach auf der Klausurtagung in Regensburg im Beisein der tschechischen Sozialministerin Michaela Marksová von einer "Bitte unter Freunden".

 Warum reden Sie nicht Klartext? Warum reden Sie mit denen nicht Klartext, die sich aalglatt aus der Verantwortung stehlen? Sie sollten fordern, dass diese etwas tun.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Tschechien hat bisher weniger Asylbewerber als der Landkreis Traunstein aufgenommen. Das ist Ihre Asylpolitik – eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei der CSU)

Markus Rinderspacher (SPD): Lieber Herr Kollege Steiner, ich hätte mir gewünscht, dass wir diese Debatte, wie es die Frau Landtagspräsidentin zu Beginn der Debatte angekündigt hat, nicht unnötig parteipolitisch aufladen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das haben Sie doch mit Ihrer Demonstration schon gemacht!)

Der parlamentarische Schlagabtausch gehört selbstverständlich dazu. Erstens: Wir haben Klartext mit der tschechischen Kollegin gesprochen. Sie wissen, dass die Berichterstattung darüber sehr intensiv war. In anderen Medien können Sie gerne einmal nachschauen, dass wir ganz konkret europäische Solidarität eingefordert haben. Ich sage es an dieser Stelle noch einmal: Wir erwarten von der Republik Tschechien, dass sie sich nicht entsolidarisiert, sondern Flüchtlinge aufnimmt.

(Beifall bei der SPD)

Der Unterschied ist: Wir haben diese Kritik sowohl vor der Ministerin als auch vor der versammelten Presse geäußert. Das war für jeden und für alle transparent. Sie haben Herrn Orbán eingeladen. In der gemeinsamen öffentlichen Pressekonferenz kam kein einziges kritisches Wort von unserem Herrn Ministerpräsidenten. Herr Orbán wurde über den grünen Klee gelobt, und die beiden Herren gefielen sich in ihrer Rolle, die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland zu kritisie-

ren an einem Tag, der nun einmal sehr wichtig war, um europäische Solidarität zu organisieren.

Die Bundeskanzlerin fährt zu einem Gipfel, um zu multilateralen Lösungen zu kommen. Die CSU kritisiert an einem solchen Tag öffentlich das deutsche Staatsoberhaupt. In diesem Zusammenhang habe ich schon von nationaler Unzuverlässigkeit gesprochen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Jetzt geht es darum, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Dieses parteipolitische Geplänkel, das Sie Monat für Monat im Plenarsaal aufführen, wird keine Lösungen bringen. Jetzt gilt es, die Kanzlerin zu stützen, damit sie mit unseren europäischen Partnern zu entsprechenden Lösungen kommt.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen sich sicherlich nicht anmaßen, dass die Lösung zwischen Herrn Orbán und Herrn Seehofer ausgehandelt wird. Das geschieht an anderer Stelle. Das wissen wir alle.

(Beifall bei der SPD – Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist auch gut so!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als nächsten Redner bitte ich Herrn Staatsminister Herrmann ans Rednerpult.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rinderspacher, ich will nur ein paar kurze Anmerkungen zu den Ausführungen, die Sie gerade vorgetragen haben, machen. Fakt ist, dass wir nach den aktuellen Zahlen - die Zahlen des heutigen Tages werden wir erst morgen bekommen – davon ausgehen müssen, dass im September 2015 zwischen 270.000 und 280.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Meine Damen und Herren, das sind in diesem einen Monat mehr Flüchtlinge als im ganzen Jahr 2014. Mir bestätigen die Innenministerkollegen ausnahmslos aus allen deutschen Ländern, egal ob sie der CDU oder der SPD angehören, dass in Kürze eine Unterbringung der Flüchtlinge in Unterkünften organisatorisch überhaupt nicht mehr verkraftbar ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich auch gesagt! Da sind wir uns einig!)

- Lieber Herr Rinderspacher, Sie rufen dazwischen, Sie hätten das auch gesagt. Einen Satz von Ihnen habe ich vorhin auch so ähnlich verstanden. Anschließend habe ich sehr genau zugehört, welche Konzepte Sie vorlegen, um dafür zu sorgen, dass sich dies in den nächsten Monaten nicht beliebig wiederholt. Hierzu habe ich von Ihnen überhaupt nichts gehört.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben sich über den Besuch von Premierminister Orbán geäußert. Ansonsten rufen Sie nach europäischer Solidarität. Hinsichtlich der europäischen Solidarität sind wir uns einig, aber das allein hilft offensichtlich noch nicht weiter. Mit den anderen europäischen Ländern muss offensichtlich nicht nur über die Solidarität geredet werden. Zu unserem Rechtsstaat gehört auch die Feststellung, dass die Ursache der Problematik bei der Bewältigung der derzeitigen Situation neben den Herkunftsländern darin liegt, dass sich schon seit einer geraumen Zeit - seit einem Jahr oder seit zwei Jahren - mehrere, wenn nicht die Hälfte aller europäischen Länder nicht mehr an geltendes europäisches Recht halten. Damit beschäftigt sich bei der SPD leider schon eine ganze Weile niemand. Das wird auch nicht angemahnt. Nur nach Solidarität zu rufen, hilft nicht weiter. Von mehreren europäischen Ländern wird weder die Schengen-Verordnung noch die Dublin-Verordnung beachtet. Würden sich die anderen europäischen Länder alle an geltendes europäisches Recht halten, könnten gar nicht 200.000 Flüchtlinge mir nichts dir nichts vor den deutschen Grenzen stehen.

(Beifall bei der CSU)

Vorher müssten sie registriert und ihre Anträge bearbeitet werden. Das ist die Realität.

Hinsichtlich der Personalausstattung des Bundesamtes gibt es in der Tat Versäumnisse. Diese haben wir vonseiten der Bayerischen Staatsregierung und der CSU wiederholt angemahnt - gar keine Frage. Entschuldigung, aber wo ist der Beitrag der SPD auf Bundesebene? - Ich frage mich schon, wo etwas vorangeht. Wenn Sie über die Verfahren in Bayern reden. müssen Sie irgendetwas völlig durcheinandergebracht haben. Die bayerischen Behörden sind für die EASY-Registrierung zuständig. Nach dem, was mir gesagt worden ist - das befindet sich der Zuständigkeit des Sozialministeriums -, liegen wir in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen und anderen Einrichtungen maximal 24, 36 oder 48 Stunden in der Registrierung zurück. Ich rede nicht darüber, wie viele Monate offensichtlich einige andere Bundesländer hinsichtlich der Registrierung zurückliegen. Nach eigenen Angaben haben diese Tausende von Leuten noch nicht mit der EASY-Registrierung erfasst. Die Länder müssen selber wissen, wie sie das organisieren.

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, ich möchte nur ein Beispiel aufgreifen. Das waren SPD-regierte Bundesländer, allen voran das zahlenmäßig größte aller Bundesländer, die wochen- und monatelang gegen unser Petitum aus Bayern verhindert haben, dass die